



Anlage A Erklärung für die Teilnahme

Der /die Unterfertigte ,
Steuernummer
Geboren in (Provinz , Land) am
wohnhaft in der Gemeinde ; PLZ ; Provinz (); Land ;
Anschrift, usw. ;
in seiner/ihrer Eigenschaft als (gesetzliche/r Vertreter(in)/Inhaber(in) oder
General-/Sonderbevollmächtigte/r)
des Unternehmens:
MwSt- Nr.: ;
Steuernummer: ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde , PLZ , Provinz (), Land ;
Anschrift, usw. ;
E-Mail-Adresse: ;
Zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC): ;
Telefonnummer: ;

im Bewusstsein der strafrechtlichen Verantwortung im Falle von unwahren Angaben und der entsprechenden Strafen gemäß Art. 76 des DPR Nr. 445/2000 sowie der administrativen Folgen des Ausschlusses von Wettbewerben gemäß geltenden einschlägigen Bestimmungen

ERKLÄRT, (Bitte zutreffendes ankreuzen)

dass die zertifizierte E-Mail-Adresse oder ein anderes analoges Medium, falls der Wirtschaftsteilnehmer in einem anderen Mitgliedstaat ansässig ist, an die/an welches Mitteilungen bezüglich der Ausschreibung zu senden sind, wie folgt lautet:

Zertifizierte E-Mail-Adresse oder anderes analoges Medium:
--

befugt zu sein dieses Dokument für folgendes Unternehmen zu unterzeichnen:

eines Einzelunternehmens einschließlich Handwerksbetrieben, Handelsgesellschaften, Genossenschaftsgesellschaften;

eines Konsortiums;

Eintragungsdatum ;
Gesellschaftsdauer/Enddatum ;
Firma ;

UND ERKLÄRT:
(Bitte zutreffendes ankreuzen)

das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt befindet sich weder im Konkursverfahren, in Zwangsliquidation oder im gerichtlichen Vergleichsverfahren, noch sind Verfahren zur Feststellung eines solchen Sachverhalts im Gange;

das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt befindet sich in einer Situation des Vergleichs mit Betriebsfortführung gemäß Art. 186 des königlichen Dekrets Nr. 267/1942;

in Kenntnis davon zu sein, dass die Teilnahme am gegenständlichen Verfahren als Erklärung gilt, im Besitz der allgemeinen und der besonderen Anforderungen zu sein, welche von staatlichen Rechtsvorschriften vorgegeben werden;

sich dessen bewusst zu sein, dass im Falle der Zuschlagserteilung die Vergabestelle eine Bewertung der obgenannten Anforderungen vornimmt;

nicht in Kenntnis davon zu sein, dass gegenüber anderen Subjekten der Firma (Inhaber, technische Direktoren, Gesellschafter, einzige Gesellschafter, Mehrheitsgesellschafter und weitere Personen mit Vertretungsvollmacht) in Art. 80 GvD 50/2016 genannten Subjekten irgendwelche Ausschlussgründe des Art. 80 GvD 50/2016 vorhanden sind oder gegenüber diesen nicht vorhanden sind;

Gegenüber dem/der Unterfertigten wurde kein rechtskräftiges Urteil bzw keine unwiderrufliche Strafverordnung oder Urteil zur Strafzumessung auf Antrag gemäß Art. 444 StGB erlassen ist für schwere Straftaten erlassen, die sich auf die Berufsmoral beziehen, weder wurde ein rechtskräftiges Urteil für Straftaten wegen Teilnahme an einer verbrecherischen Organisation, wegen Bestechung, Betrug und Geldwäsche verkündet;

Der/die Unterfertigte erklärt, dass gegen Personen, die im Jahr vor der Veröffentlichung des Wettbewerbs zu dieser Ausschreibung aus Ämtern im Unternehmen ausgeschieden sind, welche das Unternehmen gegenüber Dritte rechtlich verpflichten, keine Ausschlussgründe gemäß Artikel 80 GvD 50/2016, vorliegen;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt nicht gegen das Verbot der treuhänderischen Übertragung gemäß Art. 17 des Gesetzes Nr. 55/1990 verstoßen hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt keine festgestellten schweren Verletzungen zu den Bestimmungen im Bereich der Sicherheit am Arbeitsplatz und jeder anderen aus den Arbeitsverhältnissen sich ergebenden Pflicht begangen hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt bei der Ausführung der Leistungen, die ihm von der Vergabestelle anvertraut wurden, nicht grob nachlässig oder böswillig gehandelt hat, auch hat das Subjekt keine groben Fehler bei der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit begangen hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt nicht nachweislich schwerwiegende Verfehlungen im Bezug auf die Verpflichtungen betreffend die Bezahlung der Steuern und Gebühren begangen hat, laut der italienischen Gesetzgebung oder der Gesetzgebung des Staates, in welchem das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt seinen Firmensitz hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt keine Eintragungen im telematischen Register („casellario informatico“) der Beobachtungsstelle für öffentliche Verträge für Arbeiten, Dienstleistungen und Lieferungen bezüglich Falscherklärungen oder gefälschten Dokumenten betreffend die Voraussetzungen und die relevanten Bedingungen für die Teilnahme an den Vergabeverfahren und für die Zuweisung von Weitervergaben hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt keine endgültig festgestellten schweren Verletzungen der Vorschriften bezüglich Beitragszahlungen der Sozialversicherungs- und Fürsorgebeiträge laut der italienischen Gesetzgebung oder der Gesetzgebung des Staates, in welchem das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt seinen Firmensitz hat, begangen hat;

das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt die Pflichten hinsichtlich der Bezahlung der Versicherungsbeiträge im Sinne der geltenden Bestimmungen (Art.2 der Notverordnung Nr. 210/02, die in das Gesetz Nr. 266/02 umgewandelt wurde) zu erfüllen.

(bitte ausfüllen):

Unternehmensart:

Unternehmen,

Freiberufler/in,

Nationaler Kollektivvertrag:

Bausektor,

Sonstige, nicht baugewerbliche Bereiche (bitte genau angeben):

Unternehmensgröße:

0 (keine Mitarbeiter)

von 1 bis 5 Mitarbeiter

von 6 bis 15 Mitarbeiter

von 16 bis 50 Mitarbeiter

von 51 bis 100 Mitarbeiter

mehr als 100 Mitarbeiter

Im Falle der Eintragung an mehreren Sitzen bitte alle angeben:

INAIL – Eintragsnummer [■], zuständige Ortsstelle [■],

NISF – Eintragsnummer [■], zuständige Ortsstelle [■],

NISF – individuelle Beitragsposition des Inhabers/Gesellschafters bei Handwerksbetrieb [■], zuständige Ortsstelle [■]

Bauarbeiterkasse – Eintragsnummer [■], zuständige Ortsstelle [■]

dass keine Hinderungs-, Aussetzungs- oder Aberkennungsgründe gemäß Artikel 67 des gv.D. Nr. 159 vom 06/09/2011 (Antimafia) bestehen;

mit der Anwendung der Bestimmungen betreffend die Pflichteinstellung von Personen mit Behinderung gemäß Gesetz Nr. 68/1999 in Ordnung zu sein und weiters kommt es/sie den von den Bestimmungen vorgesehenen Pflichten nach;

nicht zur Anwendung der Bestimmungen betreffend die Pflichteinstellung von Personen mit Behinderung gemäß Gesetz Nr.68/1999 verpflichtet zu sein, da es/sie weniger als 15 Mitarbeiter hat;

derzeit nicht verpflichtet ist, die Informationsübersicht laut Art. 9 vom Gesetz Nr. 68/1999 einzureichen, da das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt zwischen 15 und 35 Mitarbeiter hat und nicht – nach dem 18.01.2000 – durch Neueinstellungen die Mitarbeiterzahl erhöht hat;

dass gegen das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt keine Untersagungsstrafmaßnahme, welche Geschäfte mit der öffentlichen Verwaltung und die Teilnahme an den öffentlichen Ausschreibungen wegen des Verstoßes gegen die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit und zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter laut Art. 14 des Gesetzesvertretenden Dekretes 81/2008 in geltender Fassung verbietet, erlassen wurde;

ERKLÄRT,

Der/die Unterfertigte erklärt:

nicht geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein;

geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein und diese Straftaten der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben;

geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein und diese Straftaten nicht der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben, da ein Fall gemäß Art. 4, Absatz 1, des Gesetzes vom 24. November 1981 Nr.689 vorliegt;

der Unterfertigte bestätigt für andere Subjekte der Firma (Inhaber, technische Direktoren, Gesellschafter, einzige Gesellschafter, Mehrheitsgesellschafter und weitere Personen mit Vertretungsvollmacht) falls vorhanden nicht geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein;

geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein und diese Straftaten der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben;

geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein und diese Straftaten nicht der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben, da ein Fall gemäß Art. 4, Absatz 1, des Gesetzes vom 24. November 1981 Nr.689 vorliegt;

gemäß Artikel 18 und 19 des DPR 445/2000 erklärt der/die Unterfertigte, dass die Kopien aller dem vorliegenden Verfahren angeführten Dokumente, einschließlich nachträglicher Ergänzungsanträge und Vervielfältigungen mittels fotokopieren (z.B. einscannen), den Originalen in seinem/ihrem Besitz entsprechen;

der/die Unterfertigte erklärt, davon Kenntnis zu haben, dass die Daten gemäß geltendem Datenschutzgesetz zu den im Reglement aufgeführten Zwecken verarbeitet werden;

im Falle von Bietergemeinschaften überträgt der Mandant bei einer Zuschlagserteilung eine gemeinsame Sondervollmacht mit Vertretungsrecht auf das federführende Unternehmen, das den Vertrag im eigenen Namen und in jenem der Mandanten abschließen wird;

der/die Unterfertigte erklärt im Sinne des Art. 3 des Ges. Nr. 136 vom 13. August 2010 i g. F., für alle Aufträge, die von dieser Körperschaft erteilt worden sind oder für alle gewährten Finanzierungen von nachstehendem Kontokorrent Gebrauch zu machen:

Bankkontokorrent bei der Bank

Postleitzahl , Provinz , Straße , Nr. ,

IBAN

Swift/BIC

Personen, die ermächtigt sind, Bewegungen auf dem Konto zu veranlassen:

Name , Steuernummer

Name , Steuernummer

ERKLÄRT IN KENNTNIS ZU SEIN,

[] der Teilnehmer ist in Kenntnis, dass die Verletzung der geltenden ethischen Verhaltenspflichten der Bezirksgemeinschaft Pustertal im Bereich der Antikorrruption, der Transparenz und der Rückverfolgbarkeit die Auflösung des Vertrages im Sinne und für die Wirkungen von Art. 1456 ZGB zur Folge hat.

[] im Sinne von Art. 53, Abs. 16 ter, des G.v.D. Nr. 165/2001 erklärt der Teilnehmer, dass er mit ehemaligen Bediensteten der Bezirksgemeinschaft Pustertal, welche ihm gegenüber Vertrags- oder Entscheidungsbefugnisse der öffentlichen Verwaltung ausgeübt haben, innerhalb des Dreijahreszeitraumes ab Beendigung des Dienstverhältnisses kein abhängiges oder freiberufliches Vertragsverhältnis abgeschlossen hat und dass er diesen auf alle Fälle keine Aufträge erteilt hat.

DATENSCHUTZHINWEIS

Die Firma erklärt, in das Informationsschreiben gemäß Art. 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (DSGVO), welches auf der Homepage der Bezirksgemeinschaft Pustertal unter www.bezirksgemeinschaftpustertal.it/datenschutz abrufbar ist, Einsicht genommen zu haben.

Die Bezirksgemeinschaft Pustertal informiert darüber, dass Rechtsinhaber der Daten und Verantwortlicher für die Verarbeitung die auftraggebende Körperschaft, mit Sitz in Bruneck, Dantestraße Nr. 2 ist.